

## Tagungsberichte

### Politische Geistliche in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert - II

#### Die 29. Büdinger Vorträge vom 21. bis 23. März 1991

Die 29. Büdinger Vorträge vom 21. bis 23. März 1991 widmeten sich wie 1990 auch 1991 dem Thema „Politische Geistliche in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert“. Zu Beginn gab der Leiter KARL MÖCKL, BAMBERG, einen Rückblick auf die im vergangenen Jahr behandelten Bereiche und faßte die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

Im ersten Referat sprach JOCHEN-CHRISTOPH KAISER, MÜNSTER, zu dem Thema „Politische Geistliche im deutschen Kaiserreich: Der Fall Stoecker“. Hofprediger Stoecker war bereits unter seinen Zeitgenossen nicht unumstritten. Er ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Für eine „Würdigung Stoeckers“ in der neueren geschichtlichen Entwicklung lassen sich drei Beispiele anführen: Die Einrichtung einer „Adolf-Stoecker-Stiftung“ während der NS-Zeit, die 1966 in das sogenannte „Stephans-Stift“ umbenannt wurde. Die außerordentlich positive Beurteilung Stoeckers im Festvortrag von Theophil Wurm im Jahre 1952. Schließlich die geringe Bedeutung, die dem Domprediger in der Berliner Preußenausstellung 1981 eingeräumt wurde.

Stoecker nutzte seine politischen Thesen zur Polarisierung. Er berief sich auf einen christlich geprägten Sozialismus und einen von Überfremdungsängsten ausgehenden Antisemitismus, der im Dritten Reich durch den Holocaust eine beklemmende Dimension erreichte. Es kam zu einer spürbaren Belastung des deutschen Protestantismus. Der Einfluß Stoeckers auf die Pfarrerschaft sei, wenn auch in mancherlei dialektischen Verfremdungen, noch bis weit nach 1945 nachweisbar. Im ganzen könne man von einer Politisierung des Protestantismus durch die Person des Hofpredigers sprechen.

Stoecker war von 1874 bis 1879 Hof- und Domprediger in Berlin. Es war die Hochblüte von Liberalismus und Materialismus, was ihn dazu reizte, diesen Kräften den Kampf anzusagen, um ein erneuertes christliches Denken in der preußischen Gesellschaft zu verankern. Reichskanzler Bismarck hielt von derartigen Utopien wenig. Eine „Verchristlichung“ des Staates war nicht mehr zeitgemäß. Stoecker hingegen sah im geschichtlichen Handeln die Wirksamkeit Gottes in einem unmittelbaren Sinne. Deswegen sollte die Kirche auch politisch handeln, zumal für ihn bereits mit der Einführung der Reichsverfassung der Materialismus das Staatskirchentum prägte. Er agitierte für eine „Befreiung“ der Kirche vom Staat, um freie Hand für den Aufbau einer Volkskirche zu haben.

Stoecker gründete 1878 in der sogenannten „Eiskellerversammlung“ die „Christlich-Soziale-Arbeiterpartei“. Bismarck erwog, Stoeckers Bewegung unter die

Bestimmungen des Sozialistengesetzes fallen zu lassen, verzichtete aber darauf, da Stoeckers Demagogie und Volkspopulismus vor allem bei jugendlichen Zuhörern und in der Studentenschaft große und auch anhaltende Wirkungen zeigte. Stoecker wurde zum bekanntesten Geistlichen der Nation, aber er scheiterte als Politiker, da er im Grunde keine neuen Perspektiven vermittelte und an gesellschaftliche Vorstellungen des Vormärz anknüpfte. Nach Stoecker sollte seine politische Theologie die politische Herrschaft bestimmen. Da hierbei die Gefahr einer klerikalen „Überformung“ des Staatswesens bestand, hielt die Regierung um so mehr am überkommenen Staatskirchentum fest.

In der Diskussion wurde besonders auf den Zusammenhang der Ideen Stoeckers mit Bismarcks Vorstellungen von einer Sozialform und auf Verbindungen des Hofpredigers zu den „Kathedersozialisten“ eingegangen. Des weiteren wurde die Frage erörtert, ob sich mit dem Glauben an eine „religiöse“ Reformbewegung „von oben“ nicht ein neuer politischer Stil verband.

WERNER K. BLESSING, ERLANGEN, behandelte das Thema „Kirche und Krieg. Zur politischen Rolle katholischer und protestantischer Geistlicher im Ersten Weltkrieg.“ Bemerkenswert ist, daß man bei Kriegsbeginn 1914 geradezu von einem „religiösen Kult“ sprechen kann. Dies liege in der Tradition der Kriegstheologie, wie sie sich bis in die Antike zurückverfolgen lasse. In Deutschland bestand geradezu ein Spannungsverhältnis zwischen den Vorstellungen der in die Kriegspolitik miteingebundenen Geistlichen und den negativen Kriegserfahrungen weiter Bevölkerungskreise. Der Nationalkrieg, wie er sich im Kampf gegen Napoleon entwickelte, war von hohem Sendungsbewußtsein getragen. Dieses Denken um den „heiligen Krieg“ zum „frommen der Nation“ wirkte auch tief in die protestantische Kirche. Sehweisen von einem „Gottesgericht“ über das „sittenlose Frankreich“ finden sich noch als Rechtfertigung des Krieges von 1870/71. Zu Kriegsbeginn 1914 herrschte bei katholischen und protestantischen Geistlichen die Auffassung vor, daß sich Deutschland in seinem Recht zu verteidigen habe, da es von seinen Nachbarn „eingekreist“ worden sei. Der Weltkrieg wurde im nationalen Interesse gerechtfertigt. Burgfriede, Siege und Verschonungen des deutschen Heeres fanden dankbare Beteiligungen der Kirchen. Unversehens gerieten die Geistlichen in den Dienst der Kriegführung und überschritten vielfach ihre religiösen Vorgaben. Die Aktivitäten in beiden Konfessionen sind ähnlich: Bittgottesdienste, Betstunden, Segnungen von Soldaten, Wahrnehmungen karitativer Aufgaben für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, Stellung von Feldpredigern usw. Viele Geistliche wurden zu Propagandisten der Durchhalteparolen.

Der Krieg griff tief in die Lebensformen ein und veränderte grundlegend die allgemeine Orientierung der Menschen. Den Pfarrern fiel naturgemäß die Aufgabe zu, Zuversicht zu verbreiten und in Vorträgen die Kriegslage zu verdeutlichen. Sie wurden zu „politischen Geistlichen“ in einem unmittelbaren Sinne. Kirchenführer und Seelsorger exponierten sich durch Hirtenbriefe und Presseveröffentlichungen. Dies geschah in beiden Konfessionen, allerdings überwog die Anzahl der gedruckten Predigten bei den Protestanten.

Die Diskussion bewegte sich um die Problematik, wie Geistliche angesichts der drohenden Niederlage Siegeszuversicht verbreiten konnten. Pfarrer beider Konfessionen und auch jüdische Feldrabbiner unterschieden sich in ihren Reaktionen kaum

von den Verhaltensweisen anderer Bevölkerungsgruppen. Hier stelle sich für die evangelischen Pastoren die Frage, wie sie ihrem staatstragenden Einfluß gerecht wurden und ob sie nicht einfach als Mitläufer einzustufen seien.

KURT NOWAK, LEIPZIG, widmete sich dem Thema „Protestantische Geistliche und die Republik von Weimar“. Die Politisierung der Geistlichkeit zählte zu den besonderen Erscheinungen innerhalb der protestantischen Kirche in der Weimarer Zeit, da sich die Pastoren in hohem Maße politisch betätigten. Sie waren Seelsorger, Intellektuelle und politisch Handelnde und sahen sich als Vorbild für das Volk. Religion und politische Option standen in einem Spannungsverhältnis.

Die Gesamtzahl der Pastoren dürfte sich in der Weimarer Republik auf ca. 18000 belaufen haben. Wieviele sich politisch engagierten, ist nicht genau zu ermitteln. Immerhin schufen sowohl die DNVP als auch die DDP einen berufsständischen Ausschuß für Geistliche. Die Übernahme politischer Funktionen kostete Zeit und brachte Nachteile für das Pfarramt. In der Regel fand kein beruflicher Übergang in die Politik statt, jedoch gab es Ausnahmen. Auch die Gründung von politischen Gruppierungen, wie die „Evangelische Volksgemeinschaft“ in Hessen und die „Deutsche Reformationspartei“, weist in diese Richtung. Große Aktivität politisch motivierter Pfarrer herrschte in Vereinen, Verbänden und in der Publizistik. Diese Pfarrer entwickelten früh ein Gespür für die modernen Printmedien. Die Arbeitsfelder waren in der Regel Sozial- und Kulturpolitik.

Ein besonderes Anliegen für die politische Arbeit der Pastoren war eine neue „Verchristlichung des deutschen Volkes“. Weltanschauliche Komponenten wurden vielfach überbetont. Der gesellschaftliche Pluralismus, wie ihn Ernst Troeltsch in seinem Grundsatz der „Einheit des Heterogenen“ als Verfassungsnorm forderte, weckte bei den Geistlichen die Hoffnung auf einen Konsens der pluralistischen Kräfte in einem einheitlichen Christentum. Selbst unterschiedliche weltanschauliche Gruppen sahen in der Überhöhung des Politischen, den Handlungsraum eines „Gottes der Offenbarung“. Diese „Politik aus Glauben“ führte vielfach zu einer Überanstrengung der politischen Instrumente durch die Pastoren. Politik erschien ihnen als Ausdruck von Kultur und Zivilisation, wobei die Vorstellung, daß keine Kultur ohne Christentum bestehen könne, als selbstverständlich galt. Die Arbeit in der Seelsorge unterschied sich für die evangelischen Pastoren von der politischen Tätigkeit lediglich graduell, aber nicht prinzipiell. Seelsorge und Politik waren Ausdruck ein und derselben christlichen Kulturarbeit. Die eigene Option wurde meist als überlegene Position gegenüber der Parteipolitik verstanden. Deswegen weigerten sich sowohl „linke“ wie „rechte“ Pastoren, Berufspolitiker zu werden.

Die umfassende Diskussion bewegte sich um Fragen der zentralen Steuerung und Überwachung der Geistlichen durch den Evangelischen Oberkirchenrat. Von hier aus führte die Aussprache zu Problemen der Kirchenpolitik und Konfessionspolitik im pluralistischen Staat sowie zu generellen Fragen des Verhältnisses von geistlichem Status und politischem Engagement.

HERBERT HÖMIG, KÖLN, behandelte das Thema „Katholische Geistliche und der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland“. Für die Zeit nach 1945 erhebt sich die Frage, ob die Geistlichkeit überhaupt eine politische Ideologie verfolgte. Westdeutschland ist in der Frühphase der Republik von kommunistischer Seite vielfach als „klerikaler Staat“ bezeichnet worden, was besonders die Führungsrolle Konrad



Adenauers und verschiedener Persönlichkeiten der CDU apostrophierte. In der Tat identifizierten sich die Katholiken viel früher mit dem westdeutschen Staat als die Protestanten. Die Zahl der Katholiken hatte nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes durch die Abtrennung der sowjetischen Besatzungszone zugenommen. Katholische Politiker wurden stärker eingebunden, was sich auch in der Entwicklung des Klerus widerspiegelte, der sich auch als Repräsentant gegenüber der Politik verstand und versteht.

Staat und Kirche befanden sich seit dem 19. Jahrhundert in einem Spannungsverhältnis, im Unterschied dazu gab es nach 1945 deutliche Berührungspunkte. Sowohl die Besatzungsmächte als auch Papst Pius XII. behandelten den deutschen Klerus, trotz verschiedener Konflikte, sehr wohlwollend. Die kirchlichen Würdenträger übernahmen politische Aufgaben und sahen sich als Sprecher deutscher Interessen gegenüber den Besatzungsmächten, leisteten Beiträge zum Grundgesetz und beteiligten sich am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Katholische Büros wurden bei den Bundes- und Landesregierungen eingerichtet. Vor allem Prälat Wilhelm Böhler spielte eine wichtige Rolle. Dies zeigte sich bei Beratung und Verabschiedung des Grundgesetzes und im Verhältnis zu den Parteien. Es war ein Neubeginn. Die Verhältnisse hatten sich im Vergleich zur Weimarer Zeit geändert. In der CSU bildete sich als Gegengewicht zu den katholischen Kräften ein evangelischer Arbeitskreis. Die ehemaligen Zentrumsprälaten hatten keine dominierende Stellung mehr, prägten jedenfalls nicht, wie ehemals, das Bild des Geistlichen als Politiker in der Öffentlichkeit. Gleichwohl übten Persönlichkeiten des katholischen Klerus Einfluß nicht nur auf die Kirchenpolitik, die Kulturpolitik, besonders die Schulfrage, sondern auch auf die allgemeine Politik.

Die CDU stand beiden Konfessionen offen. Die katholischen Würdenträger traten zurück, während die protestantischen Geistlichen meist führende Positionen erreichten. Adenauer setzte sich dafür ein, daß Geistliche als Fachleute in Ausschüsse berufen wurden. Unter seiner Kanzlerschaft gewann die katholische Kirche an Einfluß, der nach seinem Abgang wieder schwächer wurde. Insgesamt gesehen, ist das Gewicht der Kirchen in der Phase des Wiederaufbaus beträchtlich. Indem es der katholischen Kirche gelang, wesentliche politische Ziele durchzusetzen, entwickelte sich das Verhältnis Staat und Kirche zu einer Partnerschaft. Der Öffentlichkeitsanspruch der Kirche wurde vor allem auch deshalb anerkannt, da sie sich als Verfechterin des wiederhergestellten Rechtsstaates empfand. Die katholische Kirche nahm sich besonders jener Bereiche an, die nicht dem Einfluß und der Autorität des Staates unterstanden. Die Kirche wurde sich ihrer vom Grundgesetz verbürgten Selbständigkeit bewußt und es entwickelte sich eine Art „positive Trennung“ von Kirche und Staatsgewalt.

Die Aussprache galt der Frage der Abkehr vom System des Verbandskatholizismus und seiner Vereine nach 1945 als Folge eines Anpassungsprozesses an die veränderte Gestalt der Gesellschaft. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, daß nach 1945 die Interessen der beiden Konfessionen vielfach gleichlaufend waren und sich beide Konfessionen im politischen Raum gegenseitig „vertraten“.

Das abschließende Referat hielt BJÖRN MENSING, GARMISCH-PARTENKIRCHEN, zu dem Thema „Führende evangelische Geistliche in Bayern zu Nationalsozialismus und Entnazifizierung“. Fünf ausgewählte Repräsentanten der protestantischen Kir-

che sollten diese interessante Thematik erfassen und zugleich die strukturellen Zusammenhänge offenlegen. Friedrich Veit wurde 1917 Präsident des Oberkonsistoriums. Obwohl Monarchist, nahm er nach 1918 unbefangene Kontakte zur republikanischen Regierung auf und wurde konservativ-nationaler Vernunftrepublikaner. Zunächst war seine Stellung gegenüber den Nationalsozialisten ablehnend, untersagte aber Geistlichen die Mitgliedschaft in völkischen Kampfverbänden nicht. Gezwungen durch das Engagement evangelischer Pfarrer für die Sache des Nationalsozialismus wurde im Oktober 1932 den Pfarrern jegliche politische Betätigung seitens des Landeskirchenrates untersagt. Veit galt wegen der Verunglimpfungen Julius Streichers und seiner Warnungen vor einer „völkischen Religion“ als Gegner des Nationalsozialismus, obwohl er als Kirchenpräsident Überparteilichkeit anstrebte. Sein Schweigen zur Machtergreifung wurde ihm verübelt, so daß Veit 1933 von seinem Amt zurücktrat.

Hans Meiser wurde 1922 Direktor des neugegründeten Nürnberger Predigerseminars, 1928 Oberkirchenrat für Fragen der Schule und des Religionsunterrichts und stand zunächst der DNVP nahe. 1931 hob er hervor, daß man „an dem Ringen zwischen dem Deutschglauben und den bewußt kirchlichen Kräften innerhalb des Nationalsozialismus“ „nicht achtlos vorübergehen“ könne. Meiser war ohne Frage für die NSDAP aufgeschlossen. Er wurde 1933 Veits Nachfolger. Ihm wurde auch aus antiparlamentarischen Motiven heraus der Titel Landesbischof verliehen. Er nahm das Angebot Ministerpräsident Sieberts an, im neuen deutschen Staat mitzuwirken. So ordnete er 1936 die Verwendung des Hitlergrußes durch Geistliche an und 1938 ließ er sie einen Eid auf Hitler ablegen. Die Illusion, daß die evangelische Kirche eine ausschlaggebende weltanschauliche Macht sein würde, erwies sich bald als Trug. Sein Einsatz für die Rechte der Kirche verhinderte die Gleichschaltung der bayerischen Landeskirche. Meiser nutzte die Beziehungen von Pfarrern zur NS-Spitze, um Schaden von der evangelischen Kirche abzuwenden. Diesem Ziel dienten auch seine Versuche, den politischen Widerstand einzelner Geistlicher zu bremsen. Nach 1945 suchte Meiser den Weg der „Selbstreinigung“ der evangelischen Kirche zu gehen. Sein Einsatz für die Entnazifizierung der Betroffenen diente „der Erhaltung der konservativen Dominanz im Beamtenapparat und in der gesamten Gesellschaft“. Meiser blieb bis 1955 Landesbischof und starb 1956.

Julius Schieder wurde 1928 als Meisers Nachfolger Direktor des Nürnberger Predigerseminars. Er sympathisierte mit den Nationalsozialisten. Seit 1932 gewannen theologische Vorbehalte gegenüber dem totalitären Staat das Übergewicht. Er revidierte seine Einstellung auch durch die Mordaktionen der Nationalsozialisten und wurde zu deren unerbitterlichem Gegner. Besonders als Mitglied der 1934 gegründeten „bekenntnistreuen bayerischen Pfarrerbruderschaft“ zog er die Angriffe des Hitler-Regimes auf sich. Nach 1945 setzte sich Schieder für eine individuelle Durchführung der Entnazifizierung ein, um möglichst viele Geistliche vor einer Verdrängung aus ihrem Amt zu schützen. Schieder amtierte bis 1958 als Kreisdekan.

Friedrich Langenfaß war in den zwanziger Jahren Mitarbeiter beim Münchner Gemeindeblatt sowie an der protestantischen Kulturzeitschrift „Zeitwende“ und wurde 1930 Dekan in München. Er drängte im Sommer 1931 Veit ohne Erfolg dazu, die politische Betätigung von Pfarrern zu verbieten. Allerdings wollte er sich selbst nicht exponieren. Er begrüßte den Nationalsozialismus einerseits als „elemen-

tar nationale Bewegung“, lehnte eine öffentliche Stellungnahme der Kirche gegen ihn ab und verurteilte andererseits seine Weltanschauung als „schlimmsten Synkretismus“. Langenfaß dankte auch der bayerischen Regierung für den Erlaß zur „Karfreitagsruhe“ und gab zum 1. Mai die Parole aus, daß Pfarrer mit Hakenkreuz-Armbinden an den Umzügen teilnehmen sollten. Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde Langenfaß der Verbindungsmann zu den Alliiertenmilitärregierungen. 1946 wurde er wegen seiner kirchenpolitischen Linie 1933 nicht wieder für den Landessynodalausschuß nominiert.

Der Pfarrersohn Eduard Putz trat 1927 in die NSDAP ein und half beim Aufbau des NS-Studentenbundes in Erlangen. Seit 1931 warb er massiv für Hitler unter der Pfarrerschaft. Er griff Judentum, Liberalismus und Bolschewismus an. Er war davon überzeugt, daß Hitler mit einer „göttlichen Sendung“ betraut sei. In zahlreichen Vorträgen innerhalb der Pfarrerschaft vertrat der Stadtvikar in München diesen Standpunkt und erreichte, daß sich die Zahl der Geistlichen in der NSDAP stark erhöhte. 1935 wandte sich Putz, nunmehr Gemeindepfarrer in Fürth, gegen die Deutschen Christen und die kirchenfeindlichen Partei- und Staatsmaßnahmen. Trotz verschiedener Verwarnungen und Verhaftung konnte sich Putz nicht zum Austritt aus der NSDAP entschließen. In der Kirchenpolitik des NS-Regimes sah er einen Abfall vom ursprünglichen Ansatz der Partei. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches traten führende Geistliche als Entlastungszeugen für den Träger des Goldenen Parteiabzeichens auf. Von 1954 bis 1972 amtierte Putz als Dekan in Erlangen.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage der persönlichen Betroffenheit dieser Persönlichkeiten und auch jener, die sie als Typus verkörperten. Des weiteren spielte die moralische Dimension als Maßstab nicht nur des kirchlichen, sondern auch des politischen Verhaltens eine wesentliche Rolle.

In der Abschlusßdiskussion wurden wesentliche Probleme der Tagung angesprochen, wobei auch die Ergebnisse der Vorträge des Jahres 1990 zur Sprache kamen. Hingewiesen wurde auf Fragen der Kontinuität und Diskontinuität des Phänomens „politische Geistliche“ vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Des weiteren spielte die Frage eine Rolle, ob es sich hierbei nicht um ein Signum dieser Epoche handelt und inwieweit man bei Annahme dieser These zu einer Gliederung dieses Zeitraumes kommen kann. Die Form von Gesellschaft und Politik wird gerade auch von Persönlichkeiten bestimmt, die im Grenzbereich zwischen den großen gesellschaftlichen Institutionen, wie den Kirchen, und der Politik arbeiten, die aber existentiell in diesen Institutionen verankert sind. Der moralische Anspruch ist angesichts von Macht und Selbsterhaltung auch bei jenen gesellschaftlichen Gruppen, wie den „politischen Geistlichen“, zu relativieren, die aufgrund ihres Herkommens ein hohes Maß an Autorität beanspruchen dürfen.

*Karl Möckl*